

# Gut gebrieft

Der Besuch des Ersten Bürgermeisters Peter Tschentscher stand im Mittelpunkt des Treffens der Delegierten und Vertrauensleute

Ein bisschen Spannung oder zumindest Neugierde war bei den Delegierten zu spüren, was den Auftritt des Ersten Bürgermeisters betraf. Dass dieser die Einladung angenommen hatte, zeigt einmal mehr, dass die GEW als politische Mitspielerin in der Stadt nicht nur wahrgenommen, sondern auch ernstgenommen wird. Das trägt zu einer positiven Atmosphäre bei, genauso, ohne hier in Psychologisierung abgleiten zu wollen, wie die angenehme Art, mit der der Stadtbere vor die Delegierten im vollbesetzten Großen Saal des Curio-Hauses trat.

Die Erwartungen in Hinblick auf Zugeständnisse substanzieller Art wurden insofern nicht enttäuscht, als wohl kaum jemand damit gerechnet hatte. Der erste Mann der Stadt lieferte das ab, was die Bildungsbehörde

ihm mit auf den Weg gegeben hatte: das waren die bekannten Zahlen zum Personalzuwachs und dem Ausbau der Schulgebäude. Das mag, so Tschentscher, immer noch nicht genug sein, aber die Zeiten, in denen vor allem Schüler\_innen auf marode Toiletten gehen mussten oder bröckelnde Wände vor sich hatten, seien vorbei. Sowohl was das Bauliche aber mehr noch, was das Schulsystem an sich betreffe, sei es die Hinwendung vom Dreigliedrigen Schulsystem zum 2-Säulen-Modell, sei es die Inklusion oder auch die Berufliche Bildung, die dafür Sorge trage, dass kein junger Mensch mehr vergessen werde; das habe Vorbildcharakter für viele andere Bundesländer. Verantwortliche im Bildungsbereich in den übrigen Teilen des Landes blickten mit Neid auf unsere Fortschritte.

Das hörte sich alles nach O-Ton unseres Schulsenators an. Dass bei diesem Mehr an Bildungsausgaben die Kolleg\_innen auf der Strecke geblieben seien, dies hatte unsere Vorsitzende in ihrer Eingangsrede vor dem Auftritt des Ersten Bürgermeisters in den Mittelpunkt gestellt. Sie hatte einmal mehr die Dimension der gestiegenen Anforderungen an die Beschäftigten in Bildungseinrichtungen hervorgehoben. Inklusion, Flüchtlingsbeschulung und Heterogenität in einer von wachsender Segregation geprägten Stadt hätten strukturell ganz neue Herausforderungen geschaffen. Die zu meistern, sei die Aufgabe der Beschäftigten. Diese fühlten sich aber mit den Problemen nicht selten alleingelassen, was im schlimmsten Fall in Resignation oder Krankheit münde. Der Dienst“herr“ sei hier



„Antifaschismus ist eine Haltung, die wir alle vertreten.“ Peter Tschentscher, Erster Bürgermeister

in der Pflicht, dringend Abhilfe zu schaffen. Darüber hinaus trüge zum Unmut der Kolleg\_innen auch die ungleiche Bezahlung bei. Jede\_r wisse, welche Bedeutung die Arbeit der Kolleg\_innen an den Grundschulen und an den Stadtteilschulen vor dem Hintergrund der beschriebenen Probleme habe. Umso skandalöser sei es, dass es bis heute die unterschiedliche Bezahlung der Lehrkräfte gebe. Dass Hamburg als eines der reichsten Bundesländer mittlerweile eins der Schlusslichter in Sachen einheitlicher Bezahlung sei, unterstrich Anja eindrücklich durch das Schwenken einer Roten Laterne in Richtung des Oberhauptes der Stadt!

Der Erste Bürgermeister äußerte allem gegenüber Verständnis, verwies aber zugleich auf die Grenzen der Finanzierbarkeit. In Hinblick auf gleiche Bezahlung aller Lehrer\_innen (JA13) äußerte er sich allerdings hoffnungsvoll, wie es zuvor auch schon der Senator mehrfach getan hatte: „Wir suchen einen Weg“, so seine Worte. Dazu die Anmerkung des Chronisten: Das lässt hoffen, dass es im Zusammenhang mit der bevorstehenden Bürgerschaftswahl im Februar nächsten Jahres endlich zu Zugeständnissen kommt.

Kein Zugeständnis, aber doch eine überraschende Formulierung wählte der Bürgermeister im Zusammenhang mit dem „Fall“ Ida Ehre: „Antifaschismus ist eine Haltung, die wir alle vertreten“, so das Oberhaupt unserer Stadt wörtlich. Bestärkend fügte er hinzu, dass Schule ein politischer Raum sei, in dem dieser Geist „eine Grundhaltung“ sein müsse. Dass man sich damit angreifbar mache, sei ihm bewusst. Auch dass damit „ein Spannungsverhältnis impliziert ist zwischen politischem Raum im Inneren und der Verpflichtung zu äußerer Neutralität“. In Hinblick auf das konkrete Vorgehen der Schulaufsicht im „Fall“ Ida Ehre nahm er diese in Schutz

## Beschluss des Hamburger Gewerkschaftstags 2019

### Aktiv in den Bürgerschaftswahlkampf im Herbst 2019 eingreifen!

Die GEW wird aktiv in den Bürgerschaftswahlkampf im Herbst 2019 eingreifen und ihre Positionen vertreten. Hierfür wird sie „Leitlinien für eine gute Bildungspolitik in Hamburg“ erstellen, in denen die vielen Einzelthemen, mit denen wir befasst sind, gebündelt dargestellt werden. Diese Leitlinien werden folgende Eck- und Schwerpunkte umfassen:

- Bildungspolitik in einer gespaltenen Stadt (Einleitung)
- Mehr Geld für gute Bildung in Hamburg
- Rechtspopulismus zurückdrängen
- Bildung in der Migrationsgesellschaft
- Bildung und Digitalisierung
- Kindertagesstätten
- Schule
  - Lehrer\_innenausbildung
  - Berufliche Bildung
  - Inklusive Bildung
  - Arbeitsbelastung/AZM
  - Schulstruktur
- Hochschule
- Weiterbildung

Darüber hinaus wird die GEW eine aktive Bündnispolitik betreiben, Veranstaltungen mit den bildungspolitischen, den wissenschaftspolitischen und den sozialpolitischen Sprecher\_innen der Bürgerschaftsparteien organisieren und über weitere Aktivitäten in den Wahlkampf intervenieren. Angedacht sind zudem thematische Veranstaltungen zu Rechtspopulismus, zur Lehrkräfte-Arbeitszeit sowie zur schulischen Inklusion.

Zur Vorbereitung richtet die GEW eine AG „Bürgerschaftswahl“ mit Vertreter\_innen der Organisationsbereiche ein, die die Leitlinien formuliert und die Veranstaltungen vorbereitet.

*(Jede\_r ist aufgerufen, sich einzubringen und an den Themen bzw. Zielen mitzuwirken)*

und stellte sich darüber hinaus vor den Senator. Dieser habe absolut angemessen reagiert und damit korrekt gehandelt.

Dieser Einlassung des Bürgermeisters war der Beitrag und zugleich Antrag unseres stellvertretenden Vorsitzenden Fredrik Dehnerdt vorausgegangen, der fordert, das Bildungsziel „Antifaschismus“ ins Schulgesetz aufzunehmen. Die vielen Auseinandersetzungen um die Frage der Neutralität des Unterrichts vor dem Hintergrund der Skandalisierungsversuche der AfD in Sachen Ida-Ehre-Schule, aber auch die Einrichtung der Denunziationsportale durch diese Partei waren Belege, mit denen diese

Forderung begründet wurde. Bevor Fredrik schlussfolgernd aus seinen Schilderungen in Sachen Einflussnahme der AfD auf die Schulen zu dieser Forderung kam, schilderte er die Vorgehensweise der Rechtspopulisten. Sie überzögen die Bürgerschaft mit Kleinen und Großen Anfragen, schüfen damit Öffentlichkeit, skandalisierten dort, wo sie auf die Unterstützung der Boulevardpresse setzen könnten und hetzten die beteiligten Gruppen gegeneinander auf. Leider müsse man feststellen: nicht ohne Erfolg. Mittlerweile gebe es nahezu in allen Bundesländern derartige Denunziationsportale. Aber der Widerstand sei nicht

**Nahezu einstimmig oder mit wenigen Gegenstimmen wurden verabschiedet:**

1. Haushalt 2019
2. JA 13 – verstärkte Aktivitäten
3. Aktiv in den Bürgerschaftswahlkampf im Herbst 2019 eingreifen! (s. Kasten S. 11)
4. Antifaschismus als Bildungsziel
5. Aufwertung der Ergo- und Physiotherapeut\_innen
6. Verbraucherzentrale
7. Gleiche Altersentlastung für alle in Schule Beschäftigten
8. Beurteilungswesen in Hamburg ändern
9. 10 Jahre Zwei-Säulen-Modell
10. GEW-Leistungen für Studierende

**Abgelehnter Antrag:**

Kampagne für Gymnasialkolleg\_innen (s. Kasten S. 14)

**Zur Beratung an den Landesvorstand überwiesen:**

Die Schuldenbremse abschaffen

Bleiberechtsausschuss

Unterstützung der Kampagne „Unter 18 nie - ...“

**Anträge und Beschlüsse im vollen Wortlaut zu lesen unter:**

<https://www.gew-hamburg.de/materialien-fuer-mitglieder/antraege/beschlossene-antraege-des-gewerkschaftstages-am-21519>

zu übersehen. Einerseits manifestierte sich dieser im Protest der Schüler\_innen, andererseits durch die zahlreichen Offenen Briefe von Kollegien. Die GEW habe diese Proteste eng begleitet und dort mit Rat und Tat zur Seite gestanden, wo es möglich war.

Publizistisch sei es von Anfang an gelungen – auch bundesweit –, den Betroffenen den Rücken zu stärken.

Der dazu gestellte Antrag wurde später einstimmig verabschiedet. (Zum inhaltlichen Hintergrund siehe dazu den Schwer-

punkt dieser Ausgabe, S. 30)

Tschentschers Rede folgte ein „Kreuzfeuer“ an Fragen, die die Delegierten ihm stellten. Binnen kurzer Zeit lagen dem Präsidium 19 Fragen vor, woraufhin die Redeliste geschlossen wurde. Vereinbart wurde, jeweils vier Fragen en bloc zu stellen. Es ging u.a. um den Bestand der Professor\_innenstellen im Bereich der Beruflichen Bildung, die Gesundheitsvorsorge und die ganz konkrete Frage, wie viele Kolleg\_innen vorzeitig in den Ruhestand gingen.

Nachdem der Befragte mehr oder weniger präzise geantwortet hatte, war die vorgesehene Zeit – eine halbe Stunde – vorbei. Absolut unbefriedigend! Ganz besonders für die Fragesteller\_innen, die nicht zu Wort kamen! Es wurde verabredet, dass die Geschäftsstelle die Fragen an den Bürgermeister weiterleitet. Dieser versprach, die Fragen mit Hilfe des Sachverständigen der Behörde zu beantworten (*die hlz wird berichten*). Trotz des enttäuschenden Abgangs quittierten die Delegierten den Auftritt des Bürgermeisters mit Applaus.

Nach kurzer Kaffeepause wa-



**Am Vorabend der geplanten Fahrraddemo zur einheitlichen Lehrer\_innenbesoldung (JA13) unter dem Motto: „Wir strampeln uns ab und sind trotzdem Schlusslicht“ zeigten die Delegierten dem Stadtoberhaupt schon mal die Rote Laterne**

ren erneut die Delegierten an der Reihe. Mit nur wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen wurde der Leitantrag des Vorstands „10 Jahre Zweisäulenmodell – 10 Jahre Verschärfung der sozialen Selektion in Hamburg“ angenommen. Vorgegangen war der einstimmige Beschluss zum Eingreifen der GEW in den Bürgerschaftswahlkampf -s. Kasten S. 11). Sven Quiring, der vor seiner Wiederwahl zum Zweiten stellvertretenden Vorsitzenden bereits am Vormittag darauf verwiesen hatte, dass in einer aktuellen Studie (EiBiSch), in der erstmals der Stand der Inklusion wissenschaftlich unter die Lupe genommen worden sei, eine der zentralen Botschaften laute, dass der Einsatz der bisherigen finanziellen Ressourcen suboptimal erfolge, nannte den Nukleus der bisherigen Entwicklung: Der Studie zufolge erreichten in Grundschulen keine 22,7 Prozent und in Stadtteilschulen nach Ende der Klassenstufe sechs 44,7 Prozent der Schüler\_innen die Mindeststandards in Mathematik und/ oder Leseverstehen. Von diesen wiederum werde aber jeweils nur ein Viertel sonderpädagogisch gefördert, d.h., so Sven schlussfolgernd: die Zugehörigkeit zu einer oder auch keiner der Förderkategorien gebe gar keinen Aufschluss über die Kompetenzentwicklung der Schüler\_innen. Die EiBiSch-Studie empfehle – und dem schließe sich die GEW mit ihrem Antrag an – deshalb eine Bündelung und koordinierte Vergabe aller zur Verfügung stehenden Förderressourcen als systemische Ressourcenzuweisung an die Schulen und fordere die

Einführung eines Fördermonitorings sowie die Überprüfung der aktuellen LSE-Diagnostik am Ende der 4. Klassenstufe – so resümierte der später zum Zweiten Vorsitzenden Wiedergewählte.

Zum 2-Säulen-Modell hatte Andreas Wolf vom Gymnasium Oldenfelde zahlreiche Änderungsanträge eingebracht. Von den Antragsteller\_innen (Vorsitzende) wurde die Formulierung – vorangestellt zu den Forderungen das AZM betreffend – übernommen: „Die GEW bekräftigt ihre Ablehnung der Arbeitszeitverordnung und ihre Forderung von 2015 nach einer Höchstgrenze von 20 Unterrichtsstunden für eine Vollzeitstelle.“ Auch der Vorschlag, statt „abschulen“ im Zusammenhang mit den Rückläufer\_innen der Gymnasien nach der 6. Jahrgangsstufe das weniger abwertende Wort „umschulen“ zu wählen, fand zunächst die Zustimmung der Vorsitzenden. Die Diskussion brachte dann eine weitere Alternative: Den Begriff „Schulformwechsel“ zu wählen stieß auf breite Zustimmung. Mit anderen Forderungen konnte sich Andreas nicht durchsetzen, z.B. den Begriff „Eine Schule für alle“ zu streichen, weil – so seine Begründung – dieser verbraucht sei. Darüber hinaus schlug Andreas vor, sich nicht weiter mit dem Schulfrieden kritisch auseinanderzusetzen, weil dies „eine unnötige, unproduktive Konfrontation“ sei. Auch dies fand nicht die Zustimmung der Delegierten.

Volle Unterstützung und damit die Zustimmung aller Delegierten erhielt der Antrag der Ergo- und Physiotherapeut\_innen in



**Andreas Wolf vom Gymnasium Oldenfelde: Seine Forderung nach Wiederaufnahme unserer Position zur Lehrer\_innenarbeitszeit, dass keine Kolleg\_in mehr als 20 Stunden vor der Klasse stehen sollte, wurde von den Antragstellern übernommen und später einstimmig von den Delegierten beschlossen.**

der Gruppe des Pädagogisch-Therapeutischen Fachpersonals (PTF). Die Angehörigen dieser neuen Berufsgruppe, die im Vergleich zu früher deutlich mehr Aufgaben im Zusammenhang mit der Umsetzung der Inklusion zu bewältigen hat, fordern die gleichen tariflichen Verbesserungen, wie sie von den Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes, spricht: Erzieher\_innen in den Tarifabschlüssen 2017 und 2019 durchgesetzt werden konnten. (s. Artikel auf S. 18)

Strittig war ein Antrag, unterschrieben mehrheitlich von Gymnasialkolleg\_innen, mit dem Titel: „Die GEW unterstützt die Kolleginnen und Kollegen an den Gymnasien in den bildungspolitischen und beruflichen Herausforderungen“. Er wurde nach drei Auszählungsversuchen von der Mehrheit der Delegierten mit knapper Mehrheit abgelehnt. Es gingen den Kolleg\_innen um die Durchführung einer Kampagne durch die GEW, an deren Beginn die besonderen Belastungen, die u.a. durch die zunehmende Heterogenität und die Anforder-

**Gewählt wurden:**

2. stellvertretender Vorsitzender  
2 Beisitzer\_innen

3 Kassenprüfer\_innen

Sven Quiring  
Manuela Wrede  
Dirk Poppner  
Holger Radtke  
Jutta Martens-Hinzelin  
Christel Sohns



rungen durch den gymnasialen Bildungskanon gegeben seien, untersucht werden sollen, um auf dieser Grundlage Lösungsvorschläge für eine Verbesserung der Situation zu erarbeiten. (Wortlaut s. Kasten)

Bei flüchtigem Lesen schien zunächst kein größerer Widerspruch zu den Forderungen zu bestehen. Dann aber machte in einer pointiert die politischen Widersprüche kennzeichnenden Rede der Kollege Heiko

Humburg von der Stadtteilschule Horn deutlich, dass er zwar die Forderung nach Entlastung nachvollziehen könne, er aber die Begründung ablehne, weil hierin die Grundfesten der politischen Ausrichtung der GEW

## Antrag an den Gewerkschaftstag 2019 der GEW Hamburg

### **Die GEW Hamburg unterstützt die Kolleginnen und Kollegen an den Gymnasien in den bildungspolitischen und beruflichen Herausforderungen.**

Die GEW setzt sich für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder ein. Alle Kolleginnen und Kollegen als Lehrkräfte stehen vor besonderen Herausforderungen, unabhängig von der Schulform. Seit der Abschaffung der Haupt-, Real- und Gesamtschulen sind die Kolleginnen und Kollegen an den Gymnasien ein wenig aus dem Blick geraten – auch am Gymnasium sind viele von ihnen GEW-Mitglieder!

*Der Gewerkschaftstag möge beschließen:*

Die GEW Hamburg führt eine Kampagne für die Kolleginnen und Kollegen an den Gymnasien durch. Dafür wird der Landesvorstand beauftragt, die besonderen Probleme der Kolleginnen und Kollegen an den Hamburger Gymnasien

- zu erfassen
- strukturiert zu bearbeiten und
- Lösungsvorschläge zu erarbeiten.

Die Lösungsvorschläge werden als Kampagnenvorschlag dem folgenden Gewerkschaftstag (2020) als Beschlussvorlage vorgelegt.

#### Begründung:

- Der Bildungsauftrag des Gymnasiums ist unter den gegebenen Rahmenbedingungen nicht umsetzbar. Das führt zu hoher Belastung der Lehrkräfte.
- Das Elternwahlrecht führt aber dazu, dass jedes Jahr über 50% der Hamburger Schülerinnen und Schüler an den Gymnasien angemeldet werden.
- Die Gymnasien schulen zum Ende der sechsten Klasse leistungsbezogen nicht vollständig ab. Sie können es nicht, um ihre Zügigkeit nicht zu gefährden. Die Klassen ab der siebten Jahrgangsstufe sind daher deutlich heterogener als häufig angenommen. Auch das belastet die Lehrkräfte.
- Gy 8 bedeutet eine weitere Belastung für die Kolleginnen und Kollegen, denn die gleiche Stoffmenge muss – in heterogenen Lerngruppen – in kürzerer Zeit vermittelt werden.
- Fallen die Leistungen von Schülerinnen und Schülern am Gymnasium ab, können die Lehrkräfte nicht die eigentlich notwendigen Fördermaßnahmen anstoßen und umsetzen:
  - Lehrkräfte stehen in der Regel vor Klassen mit 26 – 30 Schülerinnen und Schülern, auch an KESS 2-Gymnasien, darunter befinden sich auch Inklusionskinder.
  - Doppelbesetzungen oder sozialpädagogische Begleitung von Schülerinnen und Schülern sind nicht vorgesehen.
  - Abschlusungen sind nicht vorgesehen.

Diese Situation verlangt den Kolleginnen und Kollegen einen kaum zu leistenden Spagat ab. Einerseits gilt es, das hohe Leistungsniveau unter Berücksichtigung der Curricula einzuhalten. Andererseits sehen die Pädagoginnen und Pädagogen, wie ihnen anvertraute Schülerinnen und Schüler unter dem hohen Leistungsdruck leiden, strukturell sind den Lehrkräften jedoch die Hände gebunden. Hier fallen Anspruch und Ziel hinter die Realität zurück. Kinder und Jugendliche müssen gefördert und gefordert werden, ohne dass sie dabei Schaden nehmen oder die Freude am Lernen verlieren.

Unterzeichner und Unterzeichnerinnen in alphabetischer Reihenfolge:

Katrin Auer (Heinrich-Heine-Gymnasium), Ulrike Baumeister (Johanneum, Ruhestand), Ursula Bertram-Vanegas (Matthias-Claudius-Gymnasium), Wolfgang Brandt (Gymnasium Süderelbe, Ruhestand), Roland Kasprzak (Berufliche Schule 14), Lucie Kuhse (BSB), Pascal Meyer-James (Heinrich-Heine-Gymnasium), Christiane Meyer-Kadolph (Heilwig-Gymnasium), Engelbert Prolingheuer (Gymnasium Finkenwerder), Kristin Schilling (Heinrich-Heine-Gymnasium), Matias Töpfer (BSB), César Varela Agra (Heinrich-Heine-Gymnasium), Rosa Volkmann (Heinrich-Heine-Gymnasium), Hans Voß (Emilie-Wüstenfeld-Gymnasium, Ruhestand), Jonas Zimmermann (Heinrich-Heine-Gymnasium)

infrage gestellt würden (voller Wortlaut s. Kasten). „Es kann doch nicht (...) Sache der GEW sein, zu beklagen, dass es keine »vollständige leistungsbezogene Abschulung« mehr gibt“, wie es in der Begründung der



**Heiko Humburg von der Stadtteilschule Horn übt grundsätzliche Kritik an der Begründung des mehrheitlich von Gymnasialkolleg\_innen eingebrachten Antrags**

Antragsteller\_innen heiße, während gleichzeitig die GEW in ihrem Hauptantrag fordere, die beiden Mittel der Selektion, die Schulformempfehlung und das Abschulen, abzuschaffen, so Heiko. Wenn man das Gymnasium aber wieder gymnasialer machen wolle, würden die aktuellen Bedingungen im Bildungswesen damit gestützt. Dies sei im Kern Standespolitik, so Heikos Schlussfolgerung.

Es kommt auf Gewerkschaftstagen immer wieder mal zu Überraschungen. Die oben geschilderte Replik auf den Antrag von mehrheitlich Gymnasialkolleg\_innen, der keine Mehrheit der Delegierten erhielt, gehört dazu. Wir sollten dies zum Anlass nehmen, uns intensiver mit den angesprochenen Widersprüchen auseinanderzusetzen und dies als positives Zeichen einer lebendigen Streitkultur werten (s. nachfolgender Artikel).

JOACHIM GEFFERS

Stellungnahme von Heiko Humburg, STS Horn

### **Zum Antrag für eine Kampagne an den Gymnasien**

Ich möchte mich gegen die Annahme des Antrags aussprechen. Dabei bezieht sich meine Ablehnung gar nicht in erster Linie auf den Antragstext selbst, sondern vor allem auf die Begründung – wohl wissend, dass diese nicht mit abgestimmt wird. Denn natürlich ist es auch eine Aufgabe der GEW, sich um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der KuK an Gymnasien zu kümmern. Wenn man dies dann in Form einer Kampagne der GEW machen sollte, finde ich das zwar eine falsche Schwerpunktsetzung, aber das ist nicht der Stein des Anstoßes für mich.

Nein, die Begründung ist es, die meinen deutlichen Widerspruch hervorruft. Die Linie, die sich darin abzeichnet, würde die GEW in eine bildungspolitisch grundfalsche Richtung führen.

Da wird beklagt, das Gymnasium könne aufgrund der Entwicklungen der letzten Jahre seinen Bildungsauftrag nicht mehr voll erfüllen. Aber: Was ist denn der Bildungsauftrag des Gymnasiums? Objektiv ist es in erster Linie das Gymnasium, das die Reproduktion der sozialen Schichtung in der Gesellschaft absichert. Die Gymnasien haben objektiv die Funktion, das Bildungsprivileg der herrschenden Klasse abzusichern. Diese Struktur ist politisch gewollt – über alle Farbkombinationen der Senate in Hamburg hinweg. Dieser „Bildungsauftrag“ wird abgesichert, unter anderem durch die Schulformempfehlung nach Klasse 4 und die Abschulung von den Gymnasien nach Klasse 6. Konsequenterweise fordert die GEW im Hauptantrag, diese beiden Mittel der Selektion abzuschaffen. Es kann doch nicht zugleich Sache der GEW sein zu beklagen, dass es keine „vollständige leistungsbezogene Abschulung“ mehr gibt, wie es in der Begründung des Gym-Antrags heißt. Genau das wird hier aber zum Hauptproblem der Gymnasien erklärt. Aus meiner Perspektive blendet eine solche Argumentation die Realität außerhalb der Gymnasien aus und ist im Kern nichts anderes als Standespolitik! Konsequenterweise sollten wir dann die Wiedereinführung einer Aufnahmeprüfung für das Gymnasium fordern.

Der Antrag der Kolleg\_innen, die ich alle sehr schätze und denen ich nicht im Geringsten die hehren Motive für die Initiative absprechen möchte, geht deshalb politisch in die falsche Richtung. Er steht an vielen Stellen im Spannungsverhältnis, wenn nicht im Widerspruch zur Beschlusslage der GEW und zum hier vorgelegten Leitantrag. Die GEW fordert richtigerweise die Überwindung des Zwei-Säulen-Modells durch „Eine Schule für Alle“ als das zentrale Mittel gegen die jahrhundertealte soziale Selektion unseres Schulsystems.

Das heißt für mich aber auch, dass die GEW den Mut haben muss, den Fortbestand letztlich beider Schulformen, der STS und der Gymnasien, anzuzweifeln. Wenn man das Gymnasium aber wieder gymnasialer machen möchte, werden die aktuellen Bedingungen im Bildungswesen gestützt, anstatt sie zu verbessern und zu verändern. Solange sich einzelne das Recht auf elitäre Bildung herausnehmen und die Lösung gesellschaftlicher Aufgaben wie Inklusion und Beschulung Geflüchteter „nach unten“ abgetreten werden, kann kein gemeinsames Lernen aller Schüler und Schülerinnen stattfinden.

Aus diesen Gründen kann ich dem Antrag nicht zustimmen.